

Die soziale Frage am Ende des 20. Jahrhunderts – Von der Sozialpolitik zu einer Politik des Sozialen

Am Ausgang dieses Jahrhunderts wird die soziale Frage so klar beantwortet wie zu keinem Zeitpunkt während der letzten hundert Jahre. Reduziert auf Sozial-(Versicherungs) Politik wird das, was politisch an der sozialen Frage zu regulieren ist, zur abhängigen Variable in einer „Standortpolitik“, die den höheren Zwängen des Weltmarktes gehorcht. Mit dem Stichwort „Globalisierung“ gelingt es den hegemonialen Gruppen („dem Block an der Macht“) neoliberale Denkwänge und -verbote in einer Weise zu verallgemeinern, daß sie zumindest dem leitenden Personal (den „Comies der herrschenden Klasse“ – Gramsci) zur habituellen Notwendigkeit geworden sind. Die als Sparzwänge deklarierten Umverteilungen zu Gunsten einer größeren Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals haben es geschafft, daß selbst traditionelle sozialdemokratische Varianten der sozialstaatlichen Reform verschwunden sind. Ich denke nur an die Einbeziehung aller Erwerbstätigen (inklusive der Selbstständigen und Beamten) in das Rentensystem oder der Wegfall der Kappung der Versicherungspflichtgrenzen. Eher das Gegenteil wird praktiziert, wie uns an den Debatten um Renten -und Gesundheits-„Reform“ zur Zeit vorgeführt wird.

Gab es im Laufe dieses Jahrhunderts immer wieder Versuche, die soziale Frage (lange verstanden als Systemfrage zwischen Kommunismus und Kapitalismus) auf einem „dritten Weg“ zu beantworten - sei es auf dem eines demokratisierten Kommunismus oder eines sozial (-demokratisch) gebändigten Kapitalismus - so ist selbst diese Metapher ihren früheren AutorInnen hegemonial enteignet worden: „der dritte Weg“, den uns Blair und Schröder weisen wollen, ist der zwischen sozialdemokratischer „Hängematte“ und Thatcherismus bzw. Reagenomics – es ist die Vision einer Gesellschaft, in der alle Individuen Unternehmer sind, in der alle für sich selbst verantwortlich die eigene Biographie managen und kreativ und pluralistisch das gestalten, was dann noch Gesellschaft ist.

Kurz: Die politischen und ökonomischen Regulationsformen sind dabei sich ändern, weil „der politische Staat (und seine existierenden und aufstrebenden herrschenden Kräfte) sich Schritt für Schritt von den großen Programmen sozialtechnischer Regulierung zurückgezogen hat und die Lenkung sozialer Prozesse so wie wichtige Aufgaben allgemeiner sozialer Kontrolle den Marktmechanismen überlassen wurden“ (Bauman 1995, S.112).

Zwar ist das Unbehagen an dieser Entwicklung weit verbreitet. Es bündelt sich aber (bislang) nicht in Optionen, die der hegemonialen Deutungsmacht etwas entgegensetzen könnten.

Unter diesen Bedingungen erscheint es politisch nicht ratsam, im Wettstreit um die besseren Steuerungsinstrumente in diesem hegemonialen Spiel mithalten zu wollen. „Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sollten uns vielmehr verdächtig sein“ (Horkheimer 1937/1968, S.156). Vielmehr sollte eine Kritik, die sich als radikal versteht, also an die Wurzeln gehen möchte, zumindest versuchen, „eingreifendes Denken“ (Holzkamp) zu praktizieren, das an den in gesellschaftlichen Widersprüchen immer vorhandenen Momenten des Oppositionellen, des Widerständigen und Eigensinnigen, des Unabgegoltene (Bloch) ansetzt.

Einen derartigen Versuch möchte ich im folgenden nachzeichnen. Es ist der Versuch der Redaktion der Zeitschrift WIDERSPRÜCHE, aus einer gesellschaftlich marginalisierten Position heraus, „Alternatives“ zu denken, das an oppositionelle und kritische Strömungen anschlussfähig ist, das aber zugleich nicht so „abgehoben“ ist, daß es – perspektivisch – in den Kampfarenen der Hegemonie ohne Bedeutung wäre. Wie zu zeigen sein wird, hat uns dieser Versuch praktisch – was unsere Wirkungsmöglichkeiten angeht – bescheiden gemacht, theoretisch aber – so glauben wir – eher anspruchsvoller. Einer Sozialpolitik, die sich immer mehr auf die Finanzregulationen zugunsten des Standorts Deutschland verengt, wollen wir nicht die besseren Standortkonzepte entgegensetzen, sondern wir setzen auf eine (Re-)Politisierung der sozialen Frage, die wir im Kern als die

Auseinandersetzung um die Frage des „guten Lebens“ sehen. In der Praxis der Beantwortung dieser Frage entscheidet sich, ob es gelingt, Gesellschaft als Assoziationen zu entwickeln „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW, Bd. 4, S.482).

1. Sozialpolitik in der „Wende“ von 1982

Die „Wende“ von 1989/1990 hat die „Wende“ von 1982 fast vergessen gemacht – den Beginn neoliberaler Hegemonie symbolisiert durch die Ablösung der Schmidt/Genscher– und Inthronisierung der Kohl/Genscher–Regierung. Diese erste Wende war für uns in der Redaktion der WIDERSPRÜCHE der Kristallisationspunkt einer intensiven Diskussion und Auseinandersetzung. Gerade im Jahr vorher aus den Informationsdiensten „Schule“, „Gesundheit“ und „Sozialarbeit“ des Sozialistischen Büros entstanden (die in den 70er jeder einzelne um eine Zwei-bis Drei-Tausender Auflage schwankten), versuchten wir unsere unterschiedlichen, professionell gebundenen Traditionen in einem Kritikpapier zusammenzufassen. Unter dem Titel: „Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich! Alternative Sozialpolitik gegen Resignation und Wende“ (Heft 11, 1984, S.121-135) formulierten wir eine grundsätzliche Kritik und entwarfen in drei „Strängen“ Optionen zum Ausgang aus der Krise. Die wichtigsten Aussagen werden im folgenden dokumentiert, da sie – wie noch zu zeigen sein wird – weiterhin Grundlage unseres Selbstverständnisses ist.

Daß der Sozialstaat in der Krise ist, pfeifen die Spatzen von den Sozialamtsdächern. Aber, was nun in der Krise ist, worin die Krise besteht, und warum sie ist – da sind die Töne schon recht verschieden und dissonant.

Den einen besteht die Krise schlicht in einem Zu-wenig, im zu wenig an Geld, um die sozialstaatlichen Wohlverhalten weiter zu bezahlen („**Finanzkrise**“). Für andere funktionieren die Sozialpolitischen **Instrumentarien** nicht mehr. Wieder andere beschwören die Krise als „**Kontraproduktivität**“ übermächtiger Apparate, deren Hilfeleistung längst in Enteignung und verdoppeltes Leid umgeschlagen ist (Illich u. a.). Und die „Wende“ –Denker schließlich singen das Hohe Lied des Kampfes mit dem Drachen, sprich: des **Bürgers gegen den Staat**, der Freiheit des einzelnen gegen Versorgungsbürokratien und andere Priester.

Uns geht es in den folgenden Thesen darum, die Krise der Sozialpolitik als Krise eines Reproduktionsmodells zu begreifen, als Krise eines Modells von Arbeit, Leben und

Bedürfnissen quer durch die Gesellschaft hindurch. Damit kann die Sozialstaatskritik von links einen wichtigen Schritt vollziehen: Den Schritt von der **Kritik der „Sozialstaatsillusion“** hin zu der **Kritik der sozialstaatlichen Vergesellschaftungsform und Rationalität**, des spezifischen Ineinander von Hilfe und Herrschaft in der Sozialpolitik.

Denn alle Illusions- und Ideologiekritik greift zu kurz, wenn sie die real erfahrbaren Sicherheiten durch den Sozialstaat übergeht. Aber daß diese Sicherheiten an bestimmten Herrschafts- und verdinglichte Bedürfnisstrukturen gebunden sind, übersehen diejenigen, deren Blick nicht über Finanzen, Sparoperationen und Bürokratien hinausreicht. Sie sind in der Gefahr, eine herrschaftliche Form der Sicherheit und des „Fortschritts“ zu verteidigen, während sich die „Wende“ schon längst auf Trümmern dieses Modells aufschwingt.

...

Das „Modell Deutschland“ ist beschrieben worden als Typus einer **Industriellen Struktur** mit extremer Exportorientierung (Autos, Chemie, Maschinenbau), als Typus staatlicher **Modernisierungspolitik** mit Subventions- und Forschungsvorhaben für die dominanten Sektoren, als Typus **politischer Herrschaft** mittels Klassenkompromiß, Umverteilungspolitik und Sozialpartnerschaft plus „sicherheitsstaatlicher“ Ausgrenzung, und schließlich als **„Vergesellschaftungstypus“**, dessen „Rationalität“ sich durch Infrastruktur, Bildungswesen, Kultur und Lebensperspektiven, bis durch die Sozialcharaktere hindurchzieht – und eben auch durch die Sozialpolitik.

Wenn vom „Modell Deutschland“ die Rede ist, so ist damit auch immer ein spezifisches Reproduktionsmodell gemeint. Gerade die Diskussionen um das Modell Deutschland haben gezeigt, daß es in zunehmendem Maße unmöglich wird, den Produktions- und den Reproduktionsbereich „sauber“ zu trennen. Reproduktion ist also alles, was die Fähigkeit des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft zu verkaufen, erhält, steigert und absichert, was also aktiv dazu beiträgt, seine Lohnarbeiterexistenz abzusichern. Das mag banal erscheinen Historisch gesehen jedoch haben wir es mit einem gewaltigen Kraftakt der kapitalistischen Gesellschaft zu tun, alle staatlichen, verbandlichen, auszubildenden aber auch familiären und Psycho-Strukturen so zu entwickeln, daß dieser Prozeß der aktiven Proletarisierung nicht mehr als Zwangsprozeß erfolgen muß, sondern dem einzelnen als subjektive Freiheit vorkommt. Voraussetzung für diese aktive Proletarisierung war die passive Proletarisierung, d.h. die Auflösung aller nicht-kapitalistischen Lebens- und Arbeitsformen im Zuge der ursprünglichen Akkumulation und der darauf folgenden Prozesse der Durchkapitalisierung immer weiterer gesellschaftlicher Sphären. Daß nicht viel mehr der passiv Proletarisierten betteln, klauen, protestieren und revolutionieren gingen, sondern brav zur Arbeit, dazu bedurfte es der vielen Aktivitäten, Zwänge und Erzeugungen von Charakterstrukturen und Geisteshaltungen, die einen Menschen eben bereit machen, „freiwillig“ Lohnarbeiter zu werden.

Dieser Prozeß der passiven und aktiven Proletarisierung – oder, wer sich an dem Ausdruck stört: der Verlohnarbeit – ist historisch aber keineswegs abgeschlossen. Auf der einen Seite sorgen die zerstörerischen Wirkungen der anarchischen, kapitalistischen Produktion für ständigen Nachschub passiv proletarisierter Menschen – die in Ausgrenzungen, Arbeitslosigkeit, Knast, Psychiatrie, verslumten Wohngebieten und isolierten Lebensformen ihr gesellschaftliches Dasein fristen. Auf der anderen Seite war und ist eben diese Anarchie ständiger Quell für Widerstand, kollektive Gegenwehr, für phantasievolle Überlebensstrategien und subkulturelle Gegenmilieus – gegen die Zumutungen passiver und aktiver Proletarisierung. Dieser Widerstand vereinigte sich in den Hochzeiten der Arbeiterbewegung zu einer regelrechten Gegenkultur. Heute sind widerständige Tendenzen allerdings schwieriger auszumachen bzw. sind sie buntscheckiger: während die traditionellen Arbeitermilieus eher defensiv und rückzugsorientiert sind (und deshalb weniger in Erscheinung treten), bieten die bunt-alternativen Initiativen und Subkulturen potentiell einen neuen Ansatz zu einem gegenkulturellen Milieu.

Das Konzept der aktiven und passiven Proletarisierung übernahmen wir aus einem einflußreichen Artikel von Offe und Lehnhardt (1977); auch unsere Definition von Sozialpolitik bezog sich stark auf Offe (1975):

Es wäre spannend und lohnend unter diesen Aspekten die Reproduktionsleistung von Familie und alltäglicher Konsumtion zu untersuchen und neu zu bestimmen. Das kann hier nicht geleistet werden. Es muß aber bei der folgenden Auseinandersetzung mit Sozialpolitik immer mit bedacht werden, daß sozialstaatliche Reproduktion ohne „Vorleistung“ von Familie und individueller Konsumtion nicht funktionieren würde.

Unter Sozialpolitik verstehen wir alle staatlich oder rechtlich vermittelten Prozesse, die die dauernde Transformation von passiver in aktive Proletarisierung gewährleisten. Diese die aktive Verwertung der Ware Arbeitskraft erst ermöglichende Funktion der Sozialpolitik soll die unterstützende – neudeutsch: subsidiäre – Funktion genannt werden. Die andere Seite der gleichen Medaille ist die kompensatorische Funktion der meisten sozialpolitischen Maßnahmen. Kompensatorisch sind sie alle in Bezug auf die aktuelle oder dauernde Unfähigkeit, seine Ware Arbeitskraft zu tauschen, d.h. alle Kompensationsleistungen gehen von der „aktiven Lohnarbeiterfigur“ aus (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung).

Einer der wichtigsten Erfolge des keynesianischen Modells in Deutschland ist gerade die Sicherung und Erweiterung der subsidiären Funktion und die Unterstützung der aktiven Proletarisierungsprozesse. Die bis Mitte der 70er Jahre relativ erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik führte ökonomisch gesehen zwar zu einer Verteuerung der Arbeitskraft und trug somit zum Fall der Profitrate bei; diese Tendenz konnte jedoch lange Zeit durch imperialistische Hegemonie auf dem Weltmarkt wett gemacht werden.

Politisch-ideologisch, aber auch materiell wichtiger war und ist die Tatsache, daß durch die Leistungen vor allem der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen geschichtlich und in der Erfahrung der betroffenen Menschen zum ersten Mal so etwas wie eine „erwartbare Sicherheit“ gegeben war: Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit führten für den größten Teil der Betroffenen eben mehr zu unmittelbarer Existenzbedrohung, zu Hunger und Elend.

Aus dem Formwandel, den Widersprüchen und den Versuchen zu ihrer politischen Regulation dieser drei sozialpolitischen Funktionen – der kompensatorischen, der subsidiären, der legitimatorischen – zogen wir drei Schlußfolgerungen, mit denen wir die qualitative Krise des Sozialstaates kennzeichneten:

- Der Sozialstaat als kompensatorischer Mechanismus, als Reparatur scheidet zunehmend an der Qualität und an der „chronischen“ Qualität der sozialen Krisenerscheinungen. Die subsidiäre Funktion konzentriert sich zunehmend auf die leistungsbereiten, arbeitsfähigen Gesellschaftsgruppen und spaltet damit zunehmend „Nicht-leistungsbereite“, Jugendliche, Frauen, Ausländer, Kranke, Kriminelle usw. ab. Für die dauerhafte Bearbeitung dieser ausgegrenzten Gruppen reichen die zur Verfügung stehenden kompensatorischen Mechanismen nicht aus.
- Die kompensatorischen Apparate und die instrumentelle Rationalität der Institutionen des Sozialstaats stecken in einer Krise: anstaltsförmige Institutionen der Heilung haben das gesellschaftliche Leiden nur separiert und verdoppelt. Die „Naturbeherrschung am Menschen“, in Form einer technizistischen Medizin, verhält sich – wie aller kapitalistischer Fortschritt – abstrakt und gleichgültig und schlägt um ins Zerstörerische. Die bürokratische Zerstückelung, die sozialstaatliche Rationalität vom „Fall“, quantifizierter Leistung, Kontrolle und Abschreckung schiebt die Krisenopfer nur hin und her. Die im „Modell Deutschland“ vorherrschende ideologische Überformung der Tatsache, daß „Hilfe“ zugleich auch immer Herrschaft ist, erfährt nun eine neue/alte funktionale Begründung: Es ist nun wieder viel von Selbstverantwortung, von Schuld, von Mutter und ideologischen Attributen die Rede, die die Sozialstaatsapparate entlasten.
- Der dritte Aspekt der Krise ist vielschichtig. Man könnte ihn die Krise der durch Konsumtion zu befriedigenden Bedürfnisse und durch „gleichgültige“ Lohnarbeit erworbene Sicherheit nennen. Einmal besteht die Krise in der Erosion des „keynesianischen Sozialcharakters“ im allgemeinen. Zum anderen sind es aber die immer deutlicher werdenden gesellschaftlichen Bedürfnisse, mit sich, mit seinem Körper, mit dem Leiden, mit Beziehungen selbsttätig und selbstbestimmt umzugehen. Verweigert wird ein Objektstatus gegenüber den Sozial-Weißkitteln. Die Verweigerung

des „Sinns“ aus der Selbstinstrumentalisierung (in der Arbeit und durch Bedürfnisaufschub) geht tiefer und ist breiter, als dies in Selbsthilfe und Alternativszene zum Vorschein kommt. Zu denen, die nicht mehr „aktiv proletarisiert“ sein wollen, werden jene gezwungen – häufig mit verbitterter und aggressiver Distanz zu diesen „Faulen“, „Arbeitsscheuen“ oder „Ausländern“ – die alle Prozesse der aktiven Proletarisierung durchlaufen haben und auch arbeiten wollen, aber nicht mehr können – sei es, daß sie erst gar nicht in den Produktionsprozeß hineingelassen werden (Jugendliche), sei es, daß sie aus dem Produktionsprozeß herausfliegen (Arbeitslose).

Entsprechend dieser qualitativen „Soll-Bruch-Stellen“ entwickelten wir drei Optionen, die wir „Stränge“ nannten, um sowohl deren innere Verbundenheit zu symbolisieren, als auch um deutlich zu machen, daß dies die Stränge sind, an denen wir mithelfen wollten zu ziehen.

Erster Strang: Gegen Spaltung der Gesellschaft – Soziale Garantie

Die erste Perspektive, für die wir in Zukunft arbeiten müssen, ist, eine soziale Garantie gegen Armut, Ausgrenzung, Angst und Erpressung, also gegen die Spaltung zu entwickeln und zu fordern. „Soziale Garantie“ meint eine egalitäre Strategie von Mindest-Einkommen, unabhängig von der Lohnarbeit. Es geht darum, Mindest-Festbeträge bei Arbeitslosengeld -und hilfe, bei der Sozialhilfe und den Renten als Gegenmittel gegen die „soziale Rutschbahn“ (vom Arbeitslosengeld über Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe ...) in Armut und materielles Elend durchzusetzen. Mindesteinkommen ist ein Gegenmittel gegen das repressive „Gravitationsgesetz“ des Sozialstaats und seine Propagierung ist zugleich ein Kampfbegriff gegen das Absinken, gegen Arbeitszwang und Zwangsarbeit (in der Sozialhilfe).

Mindesteinkommen, unabhängig von Lohnarbeit würde auch bedeuten, sich von der „Leitfigur“ der sozialstaatlichen Sicherheit, **dem Lohnarbeiter** – und dessen Arbeitsfähigkeit – unabhängig zu machen. Andere gesellschaftliche Tätigkeiten: Hausarbeit, Ausbildung, sinnvolle und selbstbestimmte Tätigkeit, jenseits herrschaftlich anerkannter Produktion, müßten von der „Soziale Garantie“ abgesichert werden... .

Eine Strategie des Bruchs wird hier nötig sein, weil die keynesianischen Sicherheiten bröckeln und weil angesichts der christlich-liberalen Politik der Angst Gegenstrategien gefunden werden müssen.

Eine „soziale Garantie“ ist noch keine umfassende neue „Sicherheit“. Sie kann nur den Boden absichern, auf dem alternative Sicherheiten und neue soziale Beziehungen entstehen und gedeihen können. Trotzdem gibt es qualitative Wirkungen: Die „soziale Garantie“ kann ein Stück Freiheit zur Entscheidung für eine Alten-WG und gegen Heim

mit Pflegesatz, Taschengeld und Armut dahinter, oder: für eine Jugend-WG als Alternative zu Familie und Erziehungsheim.

Zweiter Strang: Gegen die „Hilfe-Herrschaft“ - Logik: Produzenten-Sozialpolitik

Um den Janus-Kopf von Hilfe und Herrschaft von beiden Seiten ins Gesicht zu schlagen, müssen Formen und Inhalte von einer „Produzenten-Sozialpolitik“ gefunden werden, die hilfreich, aber nicht herrschend sind; individuell zureichend, aber nicht parzellierend; Lebenszusammenhänge stützend, aber nicht kompensatorisch; und die wirkungsvoll, aber nicht herrschaftlich funktional sind.

„Produzenten Sozialpolitik“ ist der Arbeitstitel für eine Strategie, die **selbst bestimmt**, was das psychisch-soziale Problem ist, und die eingreift in die Bedingungen im Bereich der Verursachung selbst. Das Beispiel „Arbeitermedizin statt Arbeitsmedizin“ (in Italien, auch in der BRD) macht deutlich, daß die Alternative zur Kompensation eine selbstständige „Prävention von unten“ wäre, also der Kampf gegen krankmachende Arbeit und Arbeitsbedingungen in der Perspektive der Kontrolle und ökologisch-humanen Konversion der Arbeit.

Fassen wir den „Produzenten“-Begriff weiter und verstehen wir darunter alle, die ihre Lebenszusammenhänge, Krisen und Probleme **kollektiv** und **öffentlich** bearbeiten und ändern wollen, so geschieht „Produzenten-Sozialpolitik“ auch in viele anderen Bereichen. Genannt seien hier die Frauenhäuser. Sie entstanden, als das Problem der Gewalt gegen Frauen aus dem Individuellen und Privaten herausgeholt, öffentlich gemacht und von Frauen gemeinsam bekämpft wurde. Noch ein weiteres Kriterium von „Produzenten-Sozialpolitik“ läßt sich an diesem Beispiel verdeutlichen: Wer hat die **Macht zur Definition des Problems**? Sind es die Sozialämter, die den Frauen den individualisierenden und diskriminierenden Stempel der „hilflosen Person“ aufdrücken wollen, oder sind es die Frauen selbst, die die Gewalt gegen Frauen als das, was sie ist, anprangern: als ein gesellschaftliches Problem —und entsprechende gesellschaftliche Anerkennung fordern, einschließlich der Anerkennung der Verfügung über Mittel und Inhalte der Frauenhausarbeit. Und ein Letztes macht dieses Beispiel deutlich: den **Umgang mit ExpertInnen**. Statt durch Statusdifferenzierungen und herrschaftliche Hierarchie in die bürgerliche Hegemonie eingebunden sind hier die ExpertInnen in einen lebendigen Diskussionszusammenhang einbezogen, der „von unten“ kontrolliert, der vor Vereinzelung, Machtanhäufung und unausgewiesenen Normalitätskriterien schützt.

Dritter Strang: Gegen sozialstaatliche Hegemonie: Selbstbestimmte Vergesellschaftung **im** Sozialstaat

Die im Sozialstaat vorfindbare Vergesellschaftung in Form von Verstaatlichung und Bürokratisierung ist das Lebenselixier bürgerlicher Hegemonie: Herrschaft braucht nicht

als solche benannt werden, sondern vollzieht sich durch Organisationsstrukturen selbst, Konservative Selbsthilfe-Ideologen setzen denn hier auch konsequent an, indem sie die Apparate unbehelligt lassen und statt dessen die Problembetroffenen „ermuntern“, sich selbst zu helfen. Selbstbestimmte Vergesellschaftung **im** Staat, das klingt fürs erste paradox: Es geht um eine umfassende Transformation der Institutionen, letztlich des Staates selbst, mit dem Ziel alternativer Vergesellschaftungsformen.

Hinter dieser Transformationsstrategie ist das „Konzept“ und der Begriff von **„Hegemonie“** von **Antonio Gramsci**: Wenn sich Herrschaft nicht in Eigentumstiteln und Verfügung erschöpft, sondern sich in Arbeitsteilung, Geschlechterhierarchien, in „Ordnungen des Wissens“, in Bedürfnissen und Kulturen vergegenständlicht hat, wenn die Institutionen permanent Herrschaft als „bürgerliche Hegemonie“ produzieren, dann muß es in einer gesellschaftlichen Alternative um eine „alternative Hegemonie“ gehen. Soziale Beziehungen, jenseits der kapitalistischen Vergesellschaftung, Verhältnisse zu Natur und Körper jenseits der Wert-Abstraktion, Produktionsbeziehung jenseits von Geschlechterarbeitsteilung und kapitalistischen „Produktivitäten“ – das sind bereits praktisch gewordene Stränge einer Alternative, welche in den „Stellungskrieg“ (Gramsci) um die Hegemonie in den Institutionen verwickelt ist.

„Alternative Hegemonie“, das hieße: **Öffnung** der Institution gegen anstaltsartige Ausgrenzung und Partialisierung, **Ver-Öffentlichung** von Bedürfnissen und Konflikten gegen heimliche und unheimliche Methoden und therapeutische „Geheimverfahren“, hieße Selbstverwaltung statt Hierarchie und Objektstatus.

„Produzenten-Sozialpolitik“ wäre eine Strategie der Aneignung bisher herrschaftlich verstaatlichter Bereiche der Reproduktion; die „alternative Hegemonie“ wäre die Aneignung in den Institutionen des Staates und durch sie hindurch. Anders vergesellschaftete „Lösungen“ sind gefordert, die sich nicht abdrängen ließen in alternative Privatisierung. Es wäre eine selbstbestimmte, vergesellschaftete Sicherheit, die eine dualwirtschaftliche „Entschärfung“ nicht mitmachte, sich irgendwo „informell“ zu tummeln, abgespalten, machtlos und immer noch kompensatorisch gegenüber dem „formellen“ Zentrum der immer noch **herrschenden** Vergesellschaftung.

2. Von der alternativen Sozialpolitik zur Alternative zur Sozialpolitik: Politik des Sozialen

Da unser Thesenpapier sehr stark den Charakter einer internen Selbstverständigung hatte, störte es uns nicht allzusehr, daß wir fast nur aus dem wissenschaftlich-politischen Raum Resonanz darauf erfuhren. Zu jener Zeit waren viele sozialpolitisch engagierte Gruppierungen sehr viel mehr damit beschäftigt, entweder bei dem Aufbau der Grünen Partei selbst aktiv zu werden

oder deren politische Position zu beeinflussen. Mit eben diesem Ziel haben wir in einem zweiten Thesenpapier versucht, unsere Positionen in einem Politikbereich zu konkretisieren – in dem des ersten Stranges: der politischen Orientierung auf eine „soziale Garantie“. Die dort schon gemachten Andeutungen zur Sockelung der in den 70er Jahren ausgebauten sozialen Sicherungssysteme präzisierten wir unter dem Titel „Mindesteinkommen als soziale Garantien“ (Heft 15, 1985, S.91-100).

Zunächst wenden wir uns in diesem Papier gegen den allzu naiven Etatismus und Ökonomismus, wie sie aus den meisten Konzepten eines Bürgergehalts, garantierten Mindesteinkommens usw. durchscheinen. Die Hoffnung, über das Finanzamt zu sozialer Gerechtigkeit zu kommen, scheint ebenso absurd wie die Annahme durch einen Festbetrag (der in vielen Fällen noch unter der jetzigen Sozialhilfe liegt) gesellschaftspolitisch den Waren-Charakter, letztlich das Verhältnis von Kapital und Arbeit, aushebeln zu können. Entsprechend unserer drei Stränge schlugen wir vor, materiell abgesicherte Teilhaberechte in den Mittelpunkt der Überlegung zu stellen. Teilhabe an wichtigen kommunalen, regionalen und szenespezifischen Projekten, reguliert über „kommunale Verfügungsfonds“, in denen die Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit dieser Projekte geführt werden sollte, schien uns nicht nur politischer, sondern auch realistischer zu sein, wenn damit eine Sockelung der bisherigen Sicherheitssysteme (vom Arbeitslosengeld bis zur Rente) verbunden wäre.

Entsprechend formulierten wir unsere zentralen Thesen:

Soll die Realisation eines Mindesteinkommens nicht Tauschgeschäft mit den Konservativen werden nach dem Motto: Tausche Bürokratien gegen Mindestsicherung (die nach Friedman und Engels eher noch unter der Sozialhilfe liegen dürfte), so ist die Forderung nach sozialen Garantien mit politischen Perspektiven auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen zu verbinden. Es ist das Kunststück fertigzubringen, das bisherige System der sozialen Sicherung zugleich zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden.

Mindesteinkommen als soziale Garantie muß das bisherige Sicherungssystem verteidigen, absichern und sockeln; kurz: angestrebt wird eine Grundsicherung minus Herrschaft... .

Derartige Strategien der Sockelung und der Repolitisierung der sozialen Sicherung haben zugleich den Vorteil, daß alle Forderungen unter dem Aspekt der sozialen Garantien zusammengefaßt werden können. So wird vermieden, daß eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird... .

Mindesteinkommen als soziale Garantie für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse dürfen nicht nur defensiv auf Absicherung gerichtet sein, sondern müssen auch kollektive Möglichkeiten gesellschaftlicher Produktivität anstreben. Also: Grundsicherung plus Produzentensozialpolitik...

Soziale Garantien als nicht unterschreitbare Sockelbeträge und soziale Garantien als Teilhabe an gesellschaftlichen Fonds ermöglichen perspektivisch den Bruch mit der herrschenden Form der Vergesellschaftung. Die Betonung der Produktivität aller gesellschaftlichen Bereiche steht im Widerstreit zur Reduktion kapitalistischer Produktivität auf den „Wert“, sprich: die Lohnarbeiterfigur mit allen ihren ideologischen materiellen Attributen. Letztlich: Grundsicherung plus antihegemoniale Orientierung... .

Unter diesen Aspekten gewinnt die Forderung nach sozialen Garantien eine grundsätzliche Bedeutung. Sie stellt die hegemoniale Struktur des Sozialstaats infrage. Diese Hegemonie basiert auf der parzellierenden, diskriminierenden, ausgrenzenden und individualisierenden Funktion der Organisationsform des Sozialstaates.

Eine Strategie des Bruchs mit den herrschenden Gegebenheiten könnte die soziale und politische Phantasie antihegemonialer Politik beflügeln. Warum sollten aus gesellschaftlichen Fonds z.B. nicht auch Schulen, gemeinwesenorientierte, nicht diskriminierende Sozialarbeit, warum nicht Wohnungsbau und Renovierungsprojekte finanziert werden? (Ansätze gibt es ja schon.) Insgesamt stünde damit die Organisation des Sozialstaats zur Debatte – und Organisationsfragen sind Machtfragen. Die Frage nach der Qualität sozialstaatlicher Versorgung würde ganz anders gestellt werden und könnte sich offensiv auf Fragen der Ambulantisierung der Gesundheitsversorgung, der Psychiatrie usw. ausdehnen. Es würden damit also Themenbereiche berührt, die in der bisherigen Diskussion um das Mindesteinkommen entweder nicht oder nur als zu verteilendes Finanzvolumen zur Debatte gestanden haben. Nicht zuletzt würde die Forderung nach Sozialen Garantien die herrschenden Sozialstaatslegitimationen in Frage stellen, ohne aber bisher erkämpfte und erworbene kollektive Rechtssicherheiten aufzugeben.

Diese Thesen erfuhren zwar eine etwas größere Resonanz – wir wurden zu diversen grünen und alternativen Fachtagungen eingeladen –, aber auf vielen dieser Diskussionen merkten wir, daß nicht (mehr) kritische

Auseinandersetzung und Befähigung der Akteure zur Selbstregulation oder Selbstorganisation gefragt war, sondern administrativ umsetzbare Konzepte , die das „Ankommen der Grünen in dieser Republik“ unterstützen sollten.

Kurz vor der zweiten „Wende“, die – wie wir heute wissen – der ersten die nötige „Handlungsfreiheit“ gab, das, was in der ersten angedacht war, Realität werden zu lassen, formulierte Niko Diemer (Heft 31, 1989, S.13-18) eine grundlegende Selbstkritik unserer bisherigen Position:

Warum ist die Idee einer „sozialen Garantie“ nicht zu einer einheitsstiftenden und bewegenden Vision geworden?

Sicher gab es da die realpolitischen Verdünnungen zu den moderatesten Konzepten von Grundsicherung. Sicher lastet die deutsche Wohlfahrtsgeschichte, die Spaltung in Arbeiter(versicherungs)politik und Armenpolitik schwer auf allen egalitären Existenzsicherungspolitiken. Aber haben wir nicht auch zu simpel Befreiungswirkungen von Mindesteinkommen unterstellt, trotz unserer kritischen Überlegungen in punkto „Ökonomismus“ und „Etatismus“? Auch wir haben unsere Rechnung ohne das Geschlechterverhältnis gemacht, zu wenig über mögliche Ausgrenzungsfolgen und möglicherweise verfestigte Geschlechterarbeitsteilung nachgedacht, zu wenig die Frage nach der „moralischen Ökonomie“ der Subjekte aufgeworfen, nach den subjektiven Bedeutungen von „gesichert sein“, „für sich selbst sorgen“ und „in Arbeit sein“.

Warum ist die „Produzentensozialpolitik“ nicht Leitidee für die Selbsthilfe, für Projekte und institutionelle Reformbewegungen geworden?

Es kann nicht nur daran liegen, daß die Produzenten selten sich einheitlich formulieren und noch seltener Politik produzieren. Es muß auch an der Zähigkeit unseres institutionellen Blicks liegen, der den Subjekten Gutes tun will, präventiv und partizipatorisch, versteht sich. Und sicher hat die „Produzentensozialpolitik“ das Kräftefeld unterschätzt, in dem sich beispielsweise die Selbsthilfe bewegt, oft einklemmt zwischen beschäftigungspolitischem Drücken und verehrenamtlichem Ziehen von oben.

Und die „alternative Hegemonie“?

Die Einheitlichkeiten und Synthesen scheinen unwiederbringlich verloren. Der historische Bezugspunkt: Arbeiterkultur, „Lager“ ist aufgegeben von den diversen Modernisierungsschüben, der jüngere, „alternative“ Bezugspunkt „Szene“ und Selbstorganisation hat an Leuchtkraft verloren. Es bleiben nur zyklische Skandalisierungen oder Abwehrschlachten der verengenden „produktivistischen“ Wagenburg – oder?

Skeptische, selbstkritische Fragen an unsere „alternative Sozialpolitik“, die zu schnell Alternative sein wollte!

Unsere (Selbst-)Kritik am eigenen Funktionalismus, am zähen institutionellen Blick und an vorschnell gedachten Synthesen aus den Antinomien von Hegemonie und antihegemonialen (Wunsch-)Vorstellungen kristallisierte sich sehr bald um einen Themenkomplex: um die Frage nach den Subjekten bzw. Akteuren in den diversen Arenen der Sozialpolitik. Wenn unsere Ausgangsthese - bei der Krise des Sozialstaats geht es um eine qualitative Krise, die im Kern eine Auseinandersetzung um den angemessenen „way of life“ darstellt – richtig ist, reicht es nicht, analytisch die vielfältigen Ursachen dieser Krise zu bestimmen. Menschen müssen Gründe haben, etwas zu tun, und sie müssen besonders gute und tragfähige Gründe haben, etwas zu tun, was anders ist als die bisherigen Routinen.

Eine wichtige Anregung in dieser Diskussion bekamen wir durch einen Artikel von W. F. Haug: Gramsci und die Politik des Kulturellen (DAS ARGUMENT, Heft 167, 1988, S.32-48). In ihm untersucht Haug die Frage, ob Gramscis Hegemoniekonzept heute noch gültig sein kann. Der Hegemonie einer den „historischen Block“ festigenden Kulturpolitik stellt er eine Politik des Kulturellen gegenüber, worunter er die kulturellen Alltagspraxen der Herrschaftsunterworfenen (der Subalternen) meint, neben den herrschenden und Routine gewordenen Praxen auch die eigensinnigen, oppositionellen Praxen zu tradieren bzw. diese neu zu entwickeln. „(Die Perspektive einer Politik des Kulturellen) wirkt dem Utopieverlust entgegen, indem sie auf eine Kultur des Bruchs mit der Subalternität orientiert, ohne imaginäres Zurück zur alten Utopie; und sie zielt, bei aller Politik, auf das Feld des kulturellen, auf **kulturelle Handlungsfähigkeit** „(a.a.O., S.44).

Diesem Ansatz folgend versuchten wir nun statt von Sozialpolitik (und sei sie auch alternativ) unseren Ausgangspunkt in den vielfältigen sozialen Alltagspraxen der „Subalternen“ zu nehmen. Aus unserem dritten Thesenpapier: Sozialpolitik und Politik des Sozialen (Heft 30, 1989, S.7-15) dazu der folgende Auszug:

Diese Überlegungen sind insgesamt eher tastend und vorläufig geblieben. Ihnen haftet immer noch ein „institutioneller Blick“ an. Auch wenn es zunächst leicht zu Überzeichnungen kommt, scheint es uns sinnvoll zu sein, den Ansatzpunkt für einen neuen Zugang zur Sozialpolitik bei den Subjekten bzw. Akteuren in der Sozialpolitik zu suchen. Politisch würde das bedeuten, die soziale Handlungsfähigkeit und Lebensrealitäten von Menschen als analytischen und strategischen Ausgangspunkt zu nehmen.

Also: „Daß alle Menschen Essen, Trinken, Wohnung und einiges mehr“, also Bildung, soziale Kontakte, Liebe, Freundschaft usw. haben müssen, reicht nicht aus, sondern gefragt werden muß: Wie wird das organisiert und produziert und wer verfügt darüber? Diese Frage wäre als materielle Definitionsmacht zu stellen. Antworten auf diese Fragen wären in einer Politik des Sozialen zu formulieren – aus der Perspektive der Subalternen, die ein Interesse haben, aus ihrer Subalternität herauszukommen. Aus dieser Perspektive ist Sozialpolitik nur ein Teil, allerdings ein gewichtiger, der die Lebensverhältnisse materiell und ideologisch bestimmt. Es wäre zu untersuchen, wie in einer Politik die sozialen Ansätze für die materielle Lebbarkeit anderer Lebensweisen, andere politisch-kulturelle Entwürfe enthalten sind und wie diese auf die vorgegebene Sozialpolitik zu beziehen sind. Diese Fragestellung macht möglicherweise das, was „sozial“ ist, schwerer abgrenzbar vor dem, was „politisch-kulturell“ ist.

Zunächst vielleicht ein nützlicher Gedanke: die Differenz und der Zusammenhang von Sozialpolitik und Politik des Sozialen könnte umreißen so bestimmt werden, wie W.F. Haug es für das Verhältnis von Kulturpolitik und Politik des Kulturellen vorschlägt (1988). Die folgenden Ausführungen sollen entsprechend diesen Gedanken in drei Bereiche konkretisieren:

Politik des Sozialen als Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Subjekte selbst

Wenn wir sowohl die wohlfahrtsstaatliche Logik der „Normalisierung“ als auch die konservative Regulierung durch Spaltung und eine Politik der Angst kritisieren, müssen wir von einer wohlvertrauten institutionszentrierten Sicht auf die Subjekte als Objekte – oder durchaus auch wohlmeinend in einfacher Negation: als bloße Opfer Abschied nehmen. Diese Perspektive eines Belastungs- und Verelendungsdiskurses unterschlägt die realen Potenzen und Produktivitäten der Subjekte in der Verarbeitung ihrer sozialen Lagen. Eine alternative sozialpolitische Perspektive, die die Formen „selbstbestimmter Vergesellschaftung“ gesellschaftlich absichern und verallgemeinern will, muß die empirisch vorfindbaren, historischen Praxen der Menschen, ihrer sozialen Lebenslagen, ihre „Produktion des Sozialen“ ernstnehmen. Die Subjekte konstruieren ihr „Soziales“ selber, aber nicht im luftleeren Raum, sondern in Auseinandersetzung mit sozialstaatlichen Definitionen und Regulationsweisen. Die Praxen der Subjekte gehen

aber in den Definitionen, Defizienzzuschreibungen oder auch romantischen Verelendungsprojektionen der – positiv oder negativ gefaßten – staatlich-institutionellen Perspektive nicht auf.

Die alltägliche Praxis und die sozialstaatlichen Regulierungen schneiden sich vielmehr an bestimmten Kreuzungspunkten, an denen die Weichen für engere oder weitere Regulationskanäle gestellt werden, die immer nur für begrenzte Lebensphasen Geltung haben und auch nur begrenzte „Normalitäten“ und Identitäten konstruieren. Aber es gibt auch subkulturell eigensinnige, produktive Verarbeitungsformen... .

Politik des Sozialen als Gestaltung von Geschlechterverhältnissen

Trotz formal gleicher Rechte von Männern und Frauen gegenüber dem Sozialstaat geht in dieser Politik und Regulierung schon immer eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Zuweisung sozialer Sicherung und Teilhabe ein: da alle sozialstaatlichen Regulierungen im Kern Bezug auf den Arbeitsmarkt nehmen, haben Frauen als (kindererziehende) Haus-Frauen vom Ehemann abgeleitete, eingeschränkte Teilhaberrechte; oder aber – sofern sie erwerbstätig sind – verlängert sich ihre Benachteiligung am Arbeitsmarkt auch in die soziale Sicherung hinein.

Dieser quasi sozialpolitischen Ausgrenzung von Frauen als Subjekten korrespondiert die staatliche Zuweisung in die Sphäre der Familie mittels familienbezogener Sozialleistungen; eine ihrer Folgen ist der hohe Frauenanteil in der Armutsregulierung („Feminisierung der Armut“).

Die Prozesse von Familienzueweisung und Armutsregulierung sind durch mannigfaltige Definitionen und Zuschreibungen von „normaler Weiblichkeit“ flankiert... .

Eine differenzierte Betrachtung weiblicher Gestaltung der „Politik des Sozialen“ würde vielleicht Hinweise darauf ermöglichen, ob aus „Trümmerfrauenstrategien“ und individuellen „Listen und Verweigerungen der Ohnmächtigen“ selbstbewußte Forderungen nach materieller Sicherung und sozialer Teilhabe entstehen können, die sich nicht nur auf die Adaption der eigenen Lebensverhältnisse an männliche Normalitätsstandards reduzieren... .

Politik des Sozialen als Gestaltung von Konflikten innerhalb und zwischen Klassen

Hatten wir bisher versucht, Subjekte einer Politik des Sozialen aus der Perspektive „subaltern gehaltener Gruppen“ zu benennen, so wollen wir jetzt den Blick auf jene Gruppen wenden, die als „herrschender Block an der Macht“ in der Sozialpolitik ihre korporativen Interessen formulieren und – mit den notwendigen Kompromissen – durchsetzen.

Anders formuliert: Adressaten der Sozialpolitik sind nicht (nur) die von deren Maßnahmen Betroffenen, sondern (auch) die Gruppierungen, die ein spezifisches Interesse an der Aufrechterhaltung des hegemonialen „Way of Life“ haben – also

Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Pharmakonzerne, Berufsverbände.

Dieses „Kartell der Sozialpolitik“ sorgt für eine die jeweiligen korporativen Interessen befriedigende „Übersetzungs-Arbeit“, ohne die strukturelle Klassenkonflikte gesellschaftlich nicht stillgestellt bzw. modifiziert werden können.

Auf diese Weise gelingt es, daß die Mehrheit der sozialen Gruppen und Klassenfraktionen sich soweit mit den sozialpolitischen Arrangements von „Normalität“ identifizieren kann, daß daraus keine grundlegenden Legitimationsprobleme erwachsen, korporative Interessen einbezogen und nicht als nicht legitime Sonderinteressen ausgegrenzt werden können... .

Eine Politik des Sozialen hätte in diesem Kontext nach den sozialen Gruppen zu fragen, die ein Interesse haben und zumindest die potentielle Macht, einen anderen „Way of Life“ gesellschaftlich zu propagandieren und in vielfältigen Praxen ansatzweise zu realisieren. Es geht dabei um die materielle Definitionsmacht, z.B. aus der „anspruchsberechtigten Sozialhilfeempfängerin“ eine „gesellschaftlich aktive Produzentin“ zu machen.

3.Optionen einer Politik des Sozialen im Post-Fordismus

Zehn Jahre sind diese Thesen nun alt und zehn Jahre ist es nun her, daß sich zumindest ein Teil der Deutschen daran machte, einem Regime auf demokratische Weise den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte schien das demokratische Moment über dem nationalen zu stehen (**„Wir sind das Volk“**). Viele im Osten beteiligten sich aktiv daran, nicht wenige im Westen bangten mit. Wie wir wissen, ist die Sache typisch deutsch gelaufen: das Nationale (**„Wir sind ein Volk“**) siegte über das Demokratische. (vgl. Heft 36: Mehr Demokratie durch Recht?; Heft 38: Verlust und Befreiung, beide 1990). Die Fragen und Probleme, die sich in einer Politik des Sozialen stellen, sind seither komplexer und schwieriger zu deuten geworden, weshalb Optionen, die sich mit diesen Bereichen verbinden, eher ins Grundsätzliche gehen und weniger „Lösungen“ anvisieren.

Optionen einer Politik des Sozialen als Gestaltung von Konflikten innerhalb und zwischen Klassen

Die „zweite“ Wende von 1989/90 blähte das westdeutsche System (Marke: Wende 1982) bis zur Oder auf – ohne auch nur ein einziges neues wirtschafts-

oder sozialpolitisches Organisationsmittel/Instrumentarium in dieser einmaligen historischen Situation zu „erfinden“. Die Überdehnung von AFG, BSHG und den Sozialversicherungen für sozialpolitische Konfliktlagen und Regulationsanforderungen, für die sie nicht im entferntesten vorgesehen waren, desavouierten diese Organisationsmittel in den Augen der meisten Neubürger aufs gründlichste. Unsere Kritik daran war entsprechend heftig und grundsätzlich. Im Nachhinein stellen wir allerdings fest, daß diese Kritik zwar nicht falsch, aber am Kern der Sache vorbeiging. In unseren bis dahin geführten Diskussionen hatten wir immer eine implizite Annahme gemacht, die sich nun als nicht mehr haltbar erwies: daß es Intention und Zweck aller Sozialpolitik sei, die Integration **aller** Gesellschaftsmitglieder zu gewährleisten. Daß dies nicht den Tatsachen entsprach, war immer einer unserer wichtigsten Kritikpunkte gewesen und Gegenstand vieler unserer Alternativvorschläge. Rückblickend lassen sie sich so interpretieren, als ob wir „die Glaubwürdigkeitslücke“ z.B. mit „sozialen Garantien“ schließen wollten. Das Überstülpen des in langen Hegemonialkämpfen und deshalb mit der Gesellschaftsstruktur eng verflochtenen Systems von Organisationsmitteln nicht nur sozialpolitischer Art auf Ostdeutschland hat einen höchst einmaliges historisches Resultat hervorgebracht, nämlich daß diese Organisationsmittel sich ihre eigene Gesellschaftigkeit - ihre soziale Verankerung – erst schaffen mußten. Dieser Prozess machte zugleich die neue, von uns zunächst nicht für möglich gehaltene Funktionsweise postfordistischer Sozialpolitik erst sichtbar:

Neben extremer Segregation räumlicher (Ost-West) und sozialer Art (je nach Zählweise: 2-5 Mio. Dauerarbeitslose) ist es ganz offensichtlich Ziel der neuen Regulationsweise, nicht mehr die Homogenisierung der Lohnarbeiterschaft im Rahmen des Normalarbeitsverhältnisses zu gewährleisten, sondern im Gegenteil, die Organisationsmittel werden derart „umgebaut“, daß sie die notwendigen Flexibilisierungsanforderungen der neuen, postfordistischen Akkumulationsweise absichern: „Heterogenisierung der Lohnarbeiterschaft, d.h. Spaltung in Kern- und Randbelegschaften, die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten, die Auflösung tradierter Lebensformen, neue Mobilitätsanforderungen usw. (Schaarschuch 1994, S.78) sind nun die Erfordernisse und Konsequenzen eines praktisch und ideologisch auf „Globalisierung“ angelegten Neoliberalismus. Das hat Konsequenzen für die

gesamte Funktionsweise von Sozialpolitik.“ Die Deregulierung arbeitspolitischer Strukturen führt durch Re-Privatisierung der Kosten und Risiken zu einer ökonomischen Effektivierung sozialer Dienstleistung durch deren Spezialisierung, Ambulantisierung, Familialisierung sowie die Regulation und Bearbeitung der für die Flexibilität der nachfordistischen Akumulationsweise funktional notwendigen Reservearmee und der dauerhaft aus dem Produktionsprozess Ausgegrenzten.

Fazit: Es ist nicht mehr Ziel der Regulation, ein ganz bestimmtes Normalitätskonzept durchzusetzen („Integration“ – T.K.), sondern der Sozialpolitik kommt die umfassendere Aufgabe der Regulation einer gespaltenen Gesellschaft zu“ (Schaarschuch 1994, S.78). Entsprechend zielt das Arsenal der gewendeten sozialpolitischen Organisationsmittel auf Spaltung und Heterogenisierung der Gesellschaft insgesamt.

Ostdeutschland wird damit zum Exerzierfeld und Erprobungsraum für Regulationsweisen, die nach und nach auch in Westdeutschland durchgesetzt werden (beispielhaft: Erosion der Flächentarifverträge).

Im Osten wie im Westen sind Ansätze einer Politik des Sozialen, die in den Aufmerksamkeitsraum bürgerlicher Öffentlichkeit gelangen, noch gering. Bischoferode war so ein Ereignis im Osten, der Streik der Metaller bei Daimler-Benz gegen die Streichung der „Karenztage“ im Westen ein anderes. Unter der Oberfläche hegemonialer Aufmerksamkeit jedoch gibt es viele unverbundene, zum Teil auch gegeneinander bestehende Aktivitäten. Neue „Maßverhältnisse des Politischen“ (Negt/Kluge 1992) sind erst dabei, sich zu bilden.“ Unter dem Gesichtspunkt der **Nichtemanzipation** kann man diese Frage nicht stellen, unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation muß man sie stellen – die Frage nach den Bedingungen und Maßverhältnissen, unter denen der politische Rohstoff (Interessen, Gefühle, Proteste usf.) folgende Parameter erfolgreich produziert: **Notwendige Dauer, Eigenwillen und subjektive Autonomie, die sich zu einem Gemeinwesen verbindet, Ausdrucks- und Unterscheidungsvermögen, das die wesentliche Lebenserfahrung öffentlich erkennbar hält** (d.h. Ausgrenzung vermeidet), **die Produktion von**

Freiheit (z.B. freies, nicht dirigistisch unterbrochenes Spiel der Intensitätsgrade alltäglicher Gefühle“ (a.a.O., S.47).

Optionen einer Politik des Sozialen als Gestaltung von Geschlechterverhältnissen

Fast alles war strittig, was man über „historische Subjekte“ diskutierte, nur eines war bis in die 70er Jahre hinein klar: Es ist männlichen Geschlechts. Die Frage des Geschlechterverhältnisses läßt sich – so die These - nicht klären, ohne einen dieses Verhältnis aufhebenden Subjektbegriff zumindest analytisch „vorweg zu denken“.

Spätestens seit der Implosion des Staatssozialismus ist auch praktisch klar, was vorher schon von kritischen Wissenschaftlern außerhalb des Marxismus-Leninismus theoretisch herausgearbeitet war: Es gibt kein einheitliches Subjekt mit historischer Mission (vgl. zusammenfassend W.F. Haug 1985; 1987; Hauser 1987; F. Haug 1996). Der mißlungene Versuch, ein „Mono-Subjekt“ (Brie 1990) zu konstituieren, das Ökonomie, Staat, Kultur und Öffentlichkeit zugleich reguliert, macht zum einen deutlich, daß – wenn überhaupt noch von Subjekten die Rede sein soll – das im Plural geschehen (so W.F. Haug 1987, S.95) und jegliche strukturelle oder funktionalistische Vorabbestimmung unterbleiben sollte (z.B. *die* Arbeiter, *die* Frauen als Subjekt usw.). Zum anderen hob schon Horkheimer hervor, daß die Trennung von Subjekt und Objekt (eines impliziert das andere) den gesellschaftlich erlebten Abspaltungen folgt (1937/1968, S.177) und – wie wir heute feststellen können – zum Grundmuster weiterer Dualismen wird, vor allem des von „Mann“ und „Frau“. Wenn aber die subjektiven Konstruktions- und Konstitutionsaktivitäten von Akteuren darüber entscheiden, was Subjekte ausmachen, dann ist auch die vielfach vorgenommene Gleichsetzung von Individuum und Subjekt nicht haltbar. Der Traum des bürgerlichen Individuums als mit sich selbst identischem Subjekt hat genau jene Abspaltungen und Trennungen zur Voraussetzung, den ein kritischer Begriff von Subjekten aufzuheben bestrebt sein muß.

Diese Abspaltungen und Trennungen haben sich als gesellschaftliche Widerspruchsverhältnisse realisiert, von denen das der Geschlechter das historisch älteste und kulturell am tiefsten eingebettete ist. Das Patriarchat – die

Praxen der Privilegierung männlicher Deutungsmuster in allen gesellschaftlichen Feldern – ist das grundlegende Element in jeder historischen Gesellschaftsform. Insbesondere die ökonomischen Verhältnisse (Sklave – Sklavenhalter; Leibeigener – Herr; Arbeiter – Kapitalist) erfuhren – bei aller sonstigen Unterschiedlichkeit – durch die „Gratis-Produktion“ der Nachkommenschaft durch die Frauen ihre besondere religiös, kulturell oder wissenschaftlich begründete Ausgestaltung. Dabei ging allerdings der spezifische Widerspruch des Geschlechterverhältnisses verloren. So weist z.B. Frigga Haug darauf hin, daß sowohl Marx als auch – noch deutlicher – Engels zwar das Geschlechterverhältnis als das älteste Herrschaftsverhältnis erkannt hatten, die besondere „Produktivität“ von Frauen aber weitgehend unter „Natur“ verbuchten (1990).

Weder „Frauen“ noch „Männer“ wurden als Subjekte der Geschichte interpretiert, solange religiöse und metaphysische Weltdeutungen vorherrschten. Unter diesem Aspekt war das Bürgertum und mit ihm „das Kapital“ das erste Subjekt, das Geschichte machte. Im von beiden hervorgebrachten Proletariat sahen Marx und Engels das Subjekt, das alle Antagonismen aufheben würde. Anders als das Geschlechterverhältnis, das auch von nachfolgenden kritischen Theoretikern kaum wahrgenommen wurde, spielte die Analyse der (ökonomischen) Herrschaftsverhältnisse stabilisierenden Ideologien immer eine zentrale Rolle – sei es in der Kritik des Nationalismus als das „falsche Allgemeine“, sei es im Autoritarismus, sei es im bürgerlichen Kulturalismus, sei es im Antisemitismus oder Rassismus. Erst mit dem Zusammendenken der Themen „Geschlecht, Klasse, Ethnie“ im von Gramsci eingebrachten Konzept der Hegemonie, als „des mit Zwang gepanzerten Konsens“ (1992, S.783) einer spezifischen Gesellschaft, kam das aktivistische, konstruktivistische Moment in der Vorstellung von „Subjekt“ wieder stärker zur Geltung. So schlägt z.B. Bourdieu vor, den Dualismus von Subjekt und Objekt – und damit auch die binäre Kodierung Mann/Frau – durch das Konzept des sozialen Raumes aufzuheben, in dem Kräfte der Anziehung und der Trennung/des Kampfes wirken und in dem es um Strukturierung und Akkumulation nicht nur von ökonomischem, sondern auch von kulturellem und sozialem Kapital geht (1985). Aus dieser Perspektive sind Subjekte immer soziale, d.h. sie bilden sich in wechselseitiger Anerkennung *als* kooperative

Praxis in einem spezifischen Kräfte- und Konfliktfeld. Makarenko reinterpreting sieht z.B. Mannschatz (1997) den Dualismus Erzieher – Zögling im Aneignungs-Subjekt aufgehoben – beide eignen sich unter gemeinsamer Fragestellung Wirklichkeit (die Objektwelt) an (vgl. Fried/Kaindl/Markar/Wolf 1998). Subjekte werden damit zu Akteuren in Diskursen im Sinne FOUCAULTs (1973), d.h. zu denjenigen, die durch ihre Praxen, die Dispositive – die „Prägestempel“ – von Geschlecht, Klasse und Ethnie/Kultur re-produzieren und, indem sie es tun, verändern, erweitern oder verengen. Fraser (1994) gibt dafür mit den Diskursen um „davongelaufene Bedürfnisse“ ein gelungenes Beispiel, ähnlich Connell (1995) mit der diskursiven Hervorbringung „hegemonialer Männlichkeiten“.

Optionen des Sozialen als Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Subjekte selbst

Ein Subjektbegriff, der letztlich auf Praxen beruht, in denen die Akteure auf der Basis von Gleichheit ihre Differenzen als Freiheit erleben, hat Konsequenzen für das „Soziale“ selbst. Begreift man das Soziale mit Marx (das Individuum ist das Ensemble gesellschaftlicher Beziehungen) und mit Max Weber (soziales Handeln ist sinnhaftes, auf den realen oder imaginären Anderen bezogenes Handeln) in der Weise, wie Bourdieu beide Traditionen zusammenfaßt, indem er das Soziale als den wechselseitigen Konstitutionsprozesse der Subjekte in gesellschaftlichen Räumen begreift, dann läßt sich das Soziale als einen aktiven, wechselseitigen Konstitutionsprozess handelnder Subjekte begreifen, die sich ihrer Einmaligkeit dadurch versichern, das sie Mitglieder in unterschiedlichen informellen und formellen Gruppierungen, Institutionen, Milieus usw. sind. Mit einem derartigen Ansatz lassen sich die mittlerweile zu Stereotypen verkommenen Schlagworte von der Individualisierung der Lebensweisen und der Pluralisierung der Lebenslagen in einen anderen Zusammenhang stellen.

Individualisierung als Abgesang des fordistischen Modells von Massenproduktion, Massenkonsumtion und Massenkonformität und als Vorschein eines pluralisierten, auf spezialisierte Gruppierungen hinggerichteten

Produktionskomplexes mit entsprechender diversifizierter Konsumtion, gegliedert in mächtige Spaltungen, Ausgrenzungen, aber auch in vielfältige Milieus und sich in relativ schnellen Zyklen neu zusammensetzenden Gruppierungen - dieser Diskurs läßt sich auch anders lesen. In der französischen sozialwissenschaftlichen Diskussion wird mit dem ursprünglich von Sartre eingebrachten Begriff der **Transversalität** die soziale Verortung der Subjekte gekennzeichnet, die durch aktuelle und potentielle, durch vergangene und noch anzustrebende **Mitgliedschaften** in sozialen Gruppierungen unterschiedlichster Art gekennzeichnet sind, die den Subjekten von Wichtigkeit und Bedeutung sind (vgl. Weigand/Hess/Prein 1988). Damit wird eine relationale Konstitution der Subjekte entworfen, die z.B. in der Bourdieu'schen Figur des Habitus ebenso enthalten ist wie in anderen Vorstellungen sozialer Subjektivität, die nicht von der Dichotomie von Individuum und Gruppe/Gesellschaft, sondern von einem Konzept interaktiver Identität ausgehen. Aus dieser Perspektive der Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten in unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, von zeitlich begrenzten, geschlechtlich spezifizierten, altersmäßig unterschiedlich gestalteten Zugehörigkeiten relativiert sich die hegemoniale Bedeutung von Betrieb, Familie, Schule, Partei und anderen Institutionen der „ideologischen Staatsapparate“ (Poulantzas 1978). Aus der Tradition des Existentialismus kommend, gehört zu dieser Vorstellung auch die Möglichkeit der Wahl, d.h. der subjektiven Entscheidung für oder gegen eine Gruppe, so daß sich Netzwerke von Gruppenzugehörigkeiten darstellen lassen, in denen typischerweise nicht von **einer** Mitgliedschaft gesprochen werden kann, sondern wo reale Teilhabe an sehr unterschiedlichen formellen, vor allem aber informellen Gruppierungen die zentrale Rolle im Alltagsleben und in den Lebensentwürfen spielt.

Einer Anregung Ariès (1978) folgend lassen sich derartige Gruppierungen als **Sozialitäten** kennzeichnen, in denen Geselligkeit, Zugehörigkeit zu Bezugsgruppen und gesellschaftliche Verortung zugleich realisiert werden, die also genau auf der „Schnittstelle“ zwischen den so schrecklich deutschen Begriffen „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ liegen.

Damit hat das **Soziale als aktuelles Beziehungsgeflecht** der Subjekte einen eigenen theoretischen und praktischen Ort, der sich weder auf objektive

Strukturen noch auf individuelle Biographien reduzieren läßt, aber nach „oben“ und „unten“ anschlußfähig ist.

Nimmt man also die empirische Vielfalt von Mitgliedschaften in und Teilhabemöglichkeiten an formellen und informellen Sozialitäten zum **Ausgangspunkt** in der Analyse gesellschaftlicher Prozesse, so ergibt sich ein Handlungs- oder Akteursmodell von Gesellschaft, das nicht von den hegemonialen „Gebirgen“ kapitalistischer Akkumulation und den auf strategischen Höhen angelegten Bastionen des politischen Staates und auch nicht vom feinstrukturierten Straßen- und Kanalnetz der formellen Einrichtungen der zivilen Gesellschaft gekennzeichnet wird, sondern von den Trampelpfaden, nicht vorgesehenen Übergängen, unbewachten Plätzen und Wohnküchen vielfältiger informeller, nur auf kürzere Zeitabschnitte angelegten Sozialitäten, die zwar untereinander in Konkurrenz und Konflikt stehen können, deren interne Strukturierung jedoch im wesentlichen solidarischer Art ist. Vernetzt durch die vielfältigen Mitgliedschaften einzelner in unterschiedlichen Sozialitäten und Milieus entwickeln die Subjekte in ihren alltäglichen Handlungen ein eigenes Koordinationssystem, das der hegemonialen „Landkarte von Bedeutung“ (Clarke 1979) in vielfältiger Weise widerspricht und diese unterläuft, aber eben doch mit den großen Strukturen bis zu einem gewissen Grad - eben an der Oberfläche - in Übereinstimmung stehen muß.

Der zentrale Konflikt zwischen Sozialitäten ist der um die gesellschaftlich gerechte Plazierung.

Die Interpretation der eigenen sozialen Plazierung ist wesentlich geprägt durch hegemoniale (patriarchale) und anti-hegemoniale (egalitäre) Gesellschaftsbilder und durch darin enthaltene Bilder von „Gerechtigkeit“ (vgl. Kunstreich 1997, S. 18 ff.).

Dieses Netz vielfältiger Mitgliedschaften im Streben nach sozialer Gerechtigkeit ist zugleich Arena und Inhalt einer **Pädagogik des Sozialen**. Hier werden Mitgliedschaften aufgenommen, aufgekündigt, Wahlen für Teilhabe getroffen bzw. verworfen. Die Wahl einer Mitgliedschaft in einer jugendlichen Gang, einer studentischen Gruppierung, einer Frauengruppe oder einer wissenschaftlich-politischen Szene ist jeweils hoch komplex und von vielen biographischen, regionalen, beruflichen und geschlechtsspezifischen „Zufällen“ geprägt. Bei aller Unterschiedlichkeit hat die Wahl neben den Bildern von Gerechtigkeit

jedoch ein weiteres gleiches Moment: das der subjektiven Sinnhaftigkeit, das für die Wahl der Mitgliedschaft in einer Heroinszene genauso gilt wie für die in einer wissenschaftlichen Gesellschaft.

Die Kennzeichnung „solidarisch“ für derartige Zusammenhänge resultiert neben der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft vor allem in der Interessengleichheit oder Ähnlichkeit des Sinnes und des Zweckes der Kooperation und nicht zuletzt in der gemeinsamen Aktion - welchen Inhalt und Aktivitätsgrad diese auch immer haben mag. Dem widerspricht nicht, daß sich auf Basis dieser Gleichheit unterschiedliche Positionen an Bedeutung und Gewicht für derartige Gruppierungen herausbilden. Gerade diese Differenz ist es, die es rechtfertigt, von einem pädagogischen Moment in derartigen Gruppierungen zu sprechen (und nicht z.B. nur von einem „sozialen“).

Diese Konzeptualisierung hat grundlegende Konsequenzen für die institutionelle Struktur des Sozialstaates, wie z.B. Hirsch sehr früh hervorgehoben hat:

„Die bestehende Struktur des Sozialstaats ist ein Bestandteil der Vergesellschaftungsverhältnisse, die im Zuge der vollen Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen durchgesetzt wurde, und ihre 'Reform' ist nicht möglich, ohne diese selbst zu verändern. Dies aber würde nicht zuletzt heißen: Entbürokratisierung, Dezentralisierung, die Förderung kollektiver Selbstorganisation, Unterstützung von Initiativen zur Herstellung autonomer Lebens- und Arbeitszusammenhänge, Reaktivierung kommunitärer Strukturen“ (1982, S. 62). Diese Optionen lassen sich in einer kritischen Vorstellung von Selbstregulierung bündeln. Selbstregulierung ist geradezu ein konstitutives Element transversaler Sozialitäten. Mit der postfordistischen Tendenz der Verstärkung von Spaltungen und Ausgrenzungen und dem Bedeutungsverlust hegemonialer Ordnungen (Familie, Schule, Verbände etc.) erfährt die „Soziotopisierung“ transversaler Sozialitäten eine ambivalente Aufladung. Auf der einen Seite werden die Kompetenzen solidarischer Selbstregulierung überlebenswichtiger, auf der anderen Seite können diese Kompetenzen überfordert und überdehnt werden, wie wir aus der Netzwerkforschung wissen (Keupp/Röhrle 1987).

Alle genannten Optionen lassen sich in einem „Tagtraum“ oder „konkreten Utopie“ (Bloch) bündeln, wie sie Niko Diemer kurz vor seinem Tod formulierte:

„Sozialismus jenseits der Idee von Ordnung wäre, sich Gesellschaft vorzustellen als offenen Prozeß, in dem es Übereinkünfte gibt über die Chancen der Subjekte, überhaupt gesellschaftliche Subjekte zu sein: über Teilhaben materieller, moralischer, kultureller Art, über Existenzminima, über Recht auf Wohnung, Recht auf die Unverletzlichkeit der Person ...

Es wäre eben kein Gedanke mehr der Ordnung, in der alles zusammenstimmt und zur Ruhe kommt, sondern es wäre ein Gedanke von Bewegung, es wäre ein Gedanke von offenem Raum und offener Zeit

...

Diese Gesellschaft wird immer wieder unwiderruflich die Position der Aufklärung beinhalten, die Position der Zerrissenheit, der freigesetzten Individuen, die aus freien Stücken, in Beachtung der Differenz von Geschlechtern und Generationen, sich in Gesellschaft begeben, Vergesellschaftung verschiedener Reichweiten entwickeln, immer wieder offen sind für Korrekturen und von daher zur Diesseitigkeit vorstoßen, das heißt, sich befreit haben von den Mythen der Erlösung und von den Mythen, Gesellschaft könne im Sinn eines Ornamentes gedacht werden“ (Diemer 1994, S. 33).

Literatur

- ARIÉS, P.: Geschichte der Kindheit, München 1978
- BAUMAN, Z.: Ansichten der Postmoderne, Hamburg/Berlin 1995
- BOURDIEU, P.: Sozialer Raum und ‚Klassen‘, Frankfurt/M. 1985
- BRIE, A., u.a.: Sozialismus am Scheideweg, Berlin 1990
- CLARKE, J., u.a.: Jugendkultur als Widerstand, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1981
- CONNELL, R.: ‚The big picture‘. Formen der Männlichkeit in der neueren Weltgeschichte, in: WIDERSPRÜCHE, Heft 56/57, 1995, S.23-45
- DIEMER, N.: Verliererproduktion, in: WIDERSPRÜCHE, Heft 45, 1992, S.57-62
- DIEMER, N.: Zur Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen. Moderne, Modernisierung und Sozialismus, in: WIDERSPRÜCHE, Heft 50, 1994, S.13-34
- FRASER, N.: Widerspenstige Praktiken, Frankfurt/M. 1994
- FRIESS, B./KAINDL, C./MARKARD, M./WOLF, G.(Hrsg.): Erkenntnis und Parteilichkeit, Berlin/Hamburg 1998
- FOUCAULT, M.: Die Archäologie des Wissens, Frankfurt/M. 1973
- GRAMSCI, A.: Gefängnishefte, 8 Bde., Hamburg/Berlin 1991-1998
- HAUG, W.,F.: Einleitung zu: GRAMSCI, A.: Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg/Berlin 1994, S.1195-1221
- HAUG, W.,F.: Pluraler Marxismus, Bd. 1, Berlin 1985
- HAUG, W.,F.: Pluraler Marxismus, Bd. 2, Berlin 1987
- HAUG, W.,F.(Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg/Berlin 1994 ff (angelegt auf 12 Bde.)
- HAUG, F.: Frauenpolitiken, Hamburg/Berlin 1996
- HAUG, F.: Entweder Geschlecht oder Arbeit – eine rätselhafte Disjunktion bei Engels, in: Das Argument, 38.Jg. 1996, S.239-245
- HAUSER, K., (Hrsg.): Viele Orte überall? Feminismus in Bewegung, Berlin/Hamburg 1987
- HOLZKAMP, K.: Lernen – eine subjekt wissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt/M./New York 1993
- HORKHEIMER, M.: Traditionelle und kritische Theorie (1937), in: ders., Kritische Theorie der Gesellschaft, Reinbek 1968, Bd.2, S.137-200
- KEUPP, H.,B.ROEHRLE (Hg.): Soziale Netzwerke, Frankfurt, New York 1987

- KUNSTREICH, T.: Grundkurs Soziale Arbeit, 2 Bde., Hamburg 1997,1998
- LENHARDT, G.,OFFE, C.: Staatstheorie und Sozialpolitik, in: C. FERBER,
L. KAUFMANN(Hg.), Soziologie und Sozialpolitik, in: KZfSS,
Sonderheft 19, Opladen 1977
- MANNSCHATZ, E.: Erziehung zwischen Anspruch und Wirklichkeit,
Würzburg 1997
- MARX, K.,ENGELS, F.: Manifest der Kommunistischen Partei(1848),
MEW 4, Berlin, S.461-493
- MARX, K.,ENGELS, F.: Die deutsche Ideologie, (1845/1846), in: MEW 3,
Berlin 1973
- NIEGT, O.,KLUGE, A.: Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt 1992
- OFFE, C.: Bildungsreform, Frankfurt 1975
- POULANTZAS, N.: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie,
Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978
- SCHAARSCHUCH, A.: Zwischen Regulation und Reproduktion, Bielefeld
1990
- WEIGAND, U.,HESS, R.,PREIN, G.: Institutionelle Analyse, Frankfurt/M.
1988
- WIDERSPRÜCHE-Redaktion: Verteidigen, kritisieren und überwinden
zugleich! In: WIDERSPRÜCHE, Heft 11, 1984, S.120-135
- WIDERSPRÜCHE-Redaktion: Mindesteinkommen als soziale Garantien,
Heft 15, 1985, S.91-100
- WIDERSPRÜCHE-Redaktion: Sozialpolitik oder Politik des Sozialen, in:
WIDERSPRÜCHE, Heft 32, 1989, S.7-15